

Pressemitteilung

30. Juni 2015

Baugewerbe-Verband warnt vor Ausweitung von ÖPP-Projekten

Finanzminister Schneider: Für den Staat und Steuerzahler in der Regel teurer

Der Baugewerbe-Verband Niedersachsen (BVN) warnt vor einer Ausweitung von ÖPP-Projekten (Öffentlich-Private-Partnerschaft) durch die Bundesregierung. Jüngst hatte Bundesverkehrsminister Dobrindt eine Liste neuer ÖPP-Projekte vorgestellt: 14 Milliarden Euro von privaten Investoren wie Banken und Versicherungen sollen den Bau von 600 Kilometern Autobahn finanzieren.

Der BVN mahnt: ÖPP-Projekte fallen in der Regel teurer aus, als würde die Öffentliche Hand den Bau selber organisieren. Private Investoren erwarten für sich eine zusätzliche Gewinnausschüttung, die die Baukosten nach oben treibt. „Aktuelle Landesrechnungshofberichte aus Hessen, die ÖPP-Schulbauprojekte untersucht haben oder die negative Bewertung des Bundesrechnungshofes zum Ausbau der Autobahn A1 zwischen Bremen und Buchholz sprechen hier eine eindeutige Sprache“, so BVN-Präsident Rainer Lorenz.

Dem stimmt auch Niedersachsens Finanzminister Peter-Jürgen Schneider in einem Interview mit dem BVN zu: „Jenseits der ideologischen Debatte gilt, dass wir als öffentliche Verwaltung an das Haushaltsrecht gebunden sind. Das gilt für den niedersächsischen Finanzminister ebenso wie auch für Bundesverkehrsminister Dobrindt. Nach diesem Haushaltsrecht müssen wir das wirtschaftlichste Verfahren wählen. ÖPP ist in aller Regel teurer als eine Baumaßnahme unter staatlicher Regie.“

Der BVN sieht ein weiteres drängendes Problem: „Bei den durch ÖPP ausgeschriebenen Auftragsvolumen von bis zu einer Milliarde Euro wird kein deutsches mittelständisches Bauunternehmen bei den Vergabeverfahren mehr zum Zuge kommen. Die Aufträge werden verstärkt an ausländische Großkonzerne fallen“, kritisiert BVN-Präsident Lorenz die Pläne.

Die Gefahr sieht auch Finanzminister Schneider: „Diese Bedenken der mittelständischen Bauwirtschaft in Niedersachsen sind absolut gerechtfertigt: Denn ÖPP ist nicht geeignet, den Mittelstand in der Bauwirtschaft angemessen zu beteiligen.“

Die ab 2020 geltende Schuldenbremse wird weitere Brisanz in das Thema bringen: Wenn der Staat sich nicht mehr neu verschulden darf, könnte dies, wenn nicht zum Ausfall, so doch zu einer starken Einschränkung der staatlichen Investitionsfähigkeit führen. „Doch Lösungsmöglichkeiten gibt es“, so Lorenz. „Das Nachbarland Österreich macht es uns mit ihrer Infrastrukturgesellschaft ASFINAG vor.“

Unbestreitbar ist, dass Deutschland einen dringenden Bedarf bei der Sanierung und teilweise beim Ausbau der Infrastruktur hat. Dies darf aber nicht durch den Einsatz von ÖPP auf Kosten der Steuerzahler und zu Ungunsten einer leistungsfähigen deutschen Bauwirtschaft erfolgen, so das Petitum des BVN.

Pressekontakt:

Jan Loleit, stellv. Hauptgeschäftsführer und Pressesprecher

Telefon: +49 511 / 9 57 57-36, E-Mail: loleit@bauverbaende-nds.de

HAUS DER BAUWIRTSCHAFT
Baumschulenallee 12 - 30625 Hannover
Postfach 61 01 69 - 30601 Hannover
Telefon: (0511) 9 57 57-0 - Telefax: (0511) 9 57 57-40